

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Marieluise Beck
(Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4054 –**

Rohstoffeinnahmen für nachhaltige Entwicklung nutzen

A. Problem

Verbesserung der Entwicklungschancen in den Entwicklungsländern durch entwicklungsorientierte Verwendung von Rohstoffeinnahmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4054 abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Dr. Christian Ruck
Berichtersteller

Gabriele Groneberg
Berichtersterterin

Dr. Karl Addicks
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichtersterterin

Ute Koczy
Berichtersterterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Gabriele Groneberg, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4054** in seiner 76. Sitzung am 18. Januar 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 21. März 2007, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 33. Sitzung am 28. März 2007 und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 31. Sitzung am 21. März 2007 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/4054 in seiner 34. Sitzung am 28. März 2007 beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, Rohstoffeinnahmen dienten bisher nicht der Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern. Indigene Völker im Amazonas und die Bevölkerung in Kongo und Kamerun seien im Gegenteil noch mehr unter Druck geraten. Die Weltbank sollte aus der Förderung fossiler Energieträger aussteigen und in erneuerbare Energien investieren.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, es sei wichtig, dass sich die Bundesregierung mit dem Thema Energie- und Rohstoffsicherheit als Ganzes befasse. Eine Entwicklungs-

politik, die die Rohstoffe ausklammere, sei zum Scheitern verurteilt. Der Ressourcenreichtum müsse entwicklungsorientiert und die Einnahmen der extraktiven Industrien für nachhaltige Investitionen müssten zur Bekämpfung der strukturellen Armut eingesetzt werden. Der Umweltschutz spiele ebenfalls eine wesentliche Rolle. Die Klima gefährdende Rodung von Wäldern zur Energiegewinnung müsse unterbunden werden. Auch für Entwicklungsländer ohne eigene Energierohstoffe müsse eine nachhaltige Energiepolitik geschaffen werden.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, man bekenne sich, Rohstoffe zu brauchen, und wolle mit den Partnerländern zusammenarbeiten. Dies müsse im fairen Austausch geschehen. Nicht Rohstoffimperialismus, sondern eine korrekte Verteilung der Rohstoffeinnahmen für die Bevölkerung sei gewollt. Auf korrupte Regime müsse eingewirkt werden, es gehe um Instandsetzung von Infrastruktur und den Aufbau von Wertschöpfungsstufen in den betroffenen Ländern.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer hätten Rohstoffinteressen. Politischen Eliten der Entwicklungsländer, die zum Teil ohne Unrechtsbewusstsein die Rohstoffeinnahmen veruntreuten, müsse offen und deutlich begegnet werden. Zu prüfen seien Möglichkeiten, zusammen mit den Banken der Veruntreuung solcher Einnahmen zu begegnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, bei Herausrechnung der Energieeffizienz engagiere sich die Weltbank nur mit 4 Prozent an der Förderung erneuerbarer Energien, die Förderung der Ölprojekte betrage dagegen 47 Prozent. In Europa müsse das Energiesystem umgestellt werden, um von dem enormen Rohstoffbedarf wegzukommen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 28. März 2007

Dr. Christian Ruck
Berichtersteller

Gabriele Groneberg
Berichterstellerin

Dr. Karl Addicks
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Ute Koczy
Berichterstellerin

